

Jakob Augstein Im Zweifel links

Unter Ungleichem



„Von all dem Neuen, das während meines Aufenthaltes in den Vereinigten Staaten meine Aufmerksamkeit auf sich zog, hat mich nichts so lebhaft beeindruckt wie die Gleichheit der gesellschaftlichen Bedingungen. Als bald wurde mir der erstaunliche Einfluss klar, den diese bedeutende Tatsache auf das Leben der Gesellschaft ausübt.“

Der französische Publizist Alexis de Tocqueville schrieb das 1835, und der „erstaunliche Einfluss“, den er meinte, war dieser: In der freien Gesellschaft erwächst aus der Gleichheit das Vertrauen und aus dem Vertrauen der Erfolg.

Der hellsichtige Reisende hatte einen Zusammenhang beobachtet, der noch immer gültig ist: Gemeinschaft und Gleichheit bestärken sich gegenseitig – und beides ist Bedingung für die gelingende Gesellschaft. Für die USA hat der Politologe Robert Putnam diese These in seiner bedeutenden Studie „Bowling Alone“ bestätigt. Die Deutschen erleben zurzeit den umgekehrten Beweis: den Verfall des sozialen Kapitals. Der kalte Erfolg der AfD, die unsinnige Zustimmung für Pegida – das sind Krankheitszeichen einer wachsenden Ungleichheit.

Was treibt sie denn um, die Selbstgerechten, die Beleidigten, die Furchtsamen unter den Bürgern? Doch nicht der Islam! Der CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich verweist zu Recht auf Angela Merkel – mithin die Regierungspolitik – als wahre Urheberin dieses Winters unseres Missvergnügens. Aber aus dem falschen Grund. Friedrich findet, Merkel habe die konservativen Wurzeln der Union vernachlässigt „in einer Zeit, in der die Menschen wieder nach kultureller Identität, Heimat und Zusammenhalt fragen“. Aber warum stellen die Leute solche Fragen? Weil ihr Vertrauen in dem Maße schwindet, wie die Ungleichheit zunimmt. Was der Soziologe Émile Durkheim „mechanische Solidarität“ nannte, die Sehnsucht nach der homogenen Gruppe, ist ein Krisenzeichen. Mit derselben Deutschlandfahne kann man Fußballfröhlichkeit ebenso demonstrieren wie Fremdenfeindlichkeit.

In Zahlen: Mitte der Achtzigerjahre verdienten die reichsten zehn Prozent der Deutschen fünfmal so viel wie die ärmsten zehn Prozent; heute liegt das Verhältnis bei sieben zu eins. Kein Wunder, dass da ein Murren laut wird. Die Leute ahnen, dass etwas mit dem System nicht mehr stimmt. Aber – und das sind die Früchte der „geistig-moralischen“ Wende, die sich nicht unter Helmut Kohl, aber unter Gerhard Schröder vollzogen hat – es fehlen ihnen die Begriffe, das zu benennen. Dabei ist der Weg nicht so schwer, man muss ihn nur gehen: Er heißt Umverteilung. Es sind die Steuern, über die gesteuert wird. Einkommensteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer. Nur so wird Deutschland wieder gleicher und solidarischer.

Übrigens schätzt die OECD, dass das deutsche Wachstum zwischen 1990 und 2010 ohne wachsende Ungleichheit um fast sechs Prozentpunkte höher ausgefallen wäre. Tocqueville lässt grüßen.

An dieser Stelle schreiben Jakob Augstein und Jan Fleischhauer im Wechsel.

Parteien „Wir erleben einen Kulturkampf“

Hans-Gerd Jaschke, 62, ist Politologe an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin.

SPIEGEL: Herr Jaschke, Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in ihrer Neujahrsansprache die Bundesbürger vor „Hass“ und „Kälte“ der Pegida-Proteste gewarnt. Hat sie den richtigen Ton getroffen?

Jaschke: Frau Merkel ist zu Recht sehr entschieden aufgetreten und hat sich gegen fremdenfeindliche Parolen gestellt. Aber ich fürchte, dass ihr Appell nicht viel ändern wird. Wir holen in Deutschland gerade eine Entwicklung nach, an die wir uns bedauerlicherweise gewöhnen müssen. Bei den Europawahlen im Mai 2014 haben fremdenfeindliche und islamkritische Parteien große Erfolge erzielt, nur bei uns blieben sie erfolglos.

Nun erreichen Rechtsaußen-Protestbewegungen auch Deutschland, mit gewalttätigen Hooligans in Köln, mit Pegida in Dresden und mit der AfD in den Parlamenten. **SPIEGEL:** Was kann die Union tun, um konservative Wähler zurückzugewinnen – ohne populistische Parolen?

Jaschke: Das konservative Denken hat sich heute verflüssigt. Es ist nicht mehr Domäne von CDU und CSU. Die Politik des Bewahrens der Natur, der Werte und

Traditionen, eingebunden in christliche, vor allem katholische Milieus, findet man heute mehr oder weniger bei vielen Parteien und Interessenverbänden. Deshalb betrachtet das rechte Wählerpotenzial die Unionsparteien schon lange nicht mehr als einzige politische Heimat. Auch rechte Wähler entscheiden sich von Wahl zu Wahl. Es gibt sie bei den Nichtwählern, aber auch bei SPD, Grünen und sogar in der Linken-Wählerschaft.

SPIEGEL: Die CSU hat für ihre Klausur in Wildbad Kreuth ein Papier für eine härtere Asylpolitik vorgelegt. Kann sie so wieder mehr rechte Wähler gewinnen?

Jaschke: Pragmatische Schritte wie schnelle Abschiebungen verfehlen den Kern des Pegida-Protests: Wir erleben einen Kulturkampf. Es geht um die Frage, ob der Islam zu Deutschland gehört oder nicht. Vor diesem Hintergrund müssen wir diskutieren, wie wir in einer noch stärker multikulturellen Gesellschaft leben wollen. Darauf geben Schnellschüsse wie das Kreuther Papier der CSU zur Asylpolitik oder auch die Parole „Wer betrügt, der fliegt“ keine Antwort.

SPIEGEL: Unions-Wahlkämpfe mit rechtspopulistischen Untertönen liegen lange zurück. Werden sie jetzt wieder in Mode kommen?

Jaschke: Die Unionsparteien haben Ende der Sechzigerjahre mit ihrer Anti-Ost-Politik die NPD aus sieben Landtagen verdrängt und mit Anti-Asylbewerber-Politik nach 1990 die Republikaner erfolgreich bekämpft. Eine solche Politik ist heute riskant. Was die Union auf der rechten Seite gewinnt, droht sie in der Mitte zu verlieren.

SPIEGEL: Wird die AfD zur neuen Heimat der Konservativen?

Jaschke: Die AfD hat sich ein konservatives Image gegeben, wohl wissend, dass es an Substanz fehlt. Sie muss noch beweisen, dass sie eine konservative Partei ist.

Interview: Marc Hujer



Jaschke